

Fortschritt in der Bekämpfung der Radiostörungen = Les progrès réalisés dans la lutte contre les perturbations radiophoniques

Autor(en): [s. n.]

Objektyp: Article

Zeitschrift: Technische Mitteilungen / Schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung = Bulletin technique / Administration des télégraphes et des téléphones suisses = Bollettino tecnico / Amministrazione dei telegrafi e dei telefoni svizzeri

Band (Jahr): 21 (1943)

Heft 2

PDF erstellt am: 22.07.2024

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-873144>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fortschritt in der Bekämpfung der Radiostörungen.

621.396.828

Zwischen den Vorständen des Schweiz. Elektrotechnischen Vereins (SEV) und des Verbandes Schweiz. Elektrizitätswerke (VSE) einerseits und der Telegraphen- und Telephonabteilung (TTA) der Generaldirektion PTT andererseits ist eine Uebereinkunft über die Zusammenarbeit der Stark- und Schwachstrominteressenten bei der Bekämpfung der Radioempfangsstörungen abgeschlossen worden.

Diese Uebereinkunft darf mit Recht als Markstein in der Geschichte der Radiostörbekämpfung angesprochen werden.

Ihr genauer Wortlaut wurde im Bulletin SEV vom 18. November 1942 veröffentlicht und kann bei der „Gemeinsamen Geschäftsstelle des Schweiz. Elektrotechnischen Vereins und des Verbandes Schweiz. Elektrizitätswerke“, Seefeldstrasse 301, Zürich 8, bezogen werden. Im folgenden geben wir eine kurze Zusammenfassung des Inhaltes.

Durch diese Uebereinkunft wird die Zusammenarbeit der Stark- und Schwachstrominteressenten, welche in bezug auf die Störbekämpfung vielfach auseinandergelagerte Meinungen vertreten haben, geregelt. Die beiden Partner verpflichten sich, einerseits bei Störschutzmassnahmen an Starkstromanlagen auf die berechtigten Interessen der Elektrizitätsunternehmen möglichst weitgehend Rücksicht zu nehmen, andererseits die Entstörungsbemühungen der TTA nach Möglichkeit zu unterstützen und mit deren Organen Hand in Hand zu arbeiten. Die durch die TTA übernommenen Verpflichtungen werden auch für die „Pro Radio“ als verbindlich erklärt.

Als Grundlage für die Bekämpfung der Radiostörungen dient Art. 3 des Bundesgesetzes betreffend die elektr. Stark- und Schwachstromanlagen vom 24. Juni 1902 einschliesslich der Art. 4 bzw. 5 der Verordnungen über Schwach- und Starkstromanlagen und über elektrische Einrichtungen von Bahnen, vom 7. Juli 1933. Im weiteren gelten auch die Bestimmungen der Verfügung des Eidg. Post- und Eisenbahndepartementes für den Schutz der Radioempfangsanlagen gegen radioelektrische Störungen, hervorgerufen durch Stark- und Schwachstromanlagen, vom 29. Januar 1935, und das Reglement des SEV für die Erteilung des Rechtes zur Führung des Radiostörerschutzzeichens des SEV, vom 1. Januar 1935.

Nach Art. 4 der Verordnung über Schwachstromanlagen müssen nicht nur Massnahmen auf der Starkstromseite getroffen werden, sondern es sind auch die Radioempfangsanlagen so zu erstellen, dass die von benachbarten Starkstromanlagen erzeugten Störspannungen durch Fernwirkung einen möglichst geringen Einfluss auf den Radioempfang ausüben, d. h. es muss dem Bau der Empfangsantennen vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Neue Starkstromanlagen sind, sofern sich eine Entstörung ohne ausserordentliche Aufwendungen erreichen lässt, grundsätzlich *störschutzpflichtig*. Ausserordentliche Aufwendungen liegen vor, wenn sich

Les progrès réalisés dans la lutte contre les perturbations radiophoniques.

621.396.828

Entre les Comités de l'Association Suisse des Electriciens (ASE) et de l'Union des Centrales Suisses d'électricité (UCS), d'une part, et la Division des Télégraphes et des Téléphones (DTT) de la Direction générale des PTT, d'autre part, une convention a été conclue au sujet de la collaboration mutuelle des intéressés des installations à courant fort et faible dans la lutte contre les perturbations des réceptions radiophoniques.

Cette convention peut être considérée de bon droit comme le début d'une nouvelle ère dans la lutte contre les perturbations radiophoniques.

Son texte intégral a été publié dans le Bulletin de l'ASE du 18 novembre 1942; on peut le commander à l'Administration commune de l'Association Suisse des Electriciens et de l'Union des Centrales suisses d'électricité, Seefeldstrasse 301, Zurich 8. Le résumé qui suit donne un aperçu du contenu de la convention.

La convention régit la collaboration entre les intéressés des installations à fort et à faible courant, dont les opinions étaient souvent contradictoires. Les deux partenaires s'engagent, d'une part, à tenir compte dans la mesure du possible des intérêts bien fondés des entreprises électriques en cas de mesures de déparasitage à prévoir aux installations à fort courant, et, d'autre part, à soutenir autant que possible les efforts que la DTT entreprend pour le déparasitage des réceptions radiophoniques et à collaborer à ce sujet avec ses organes. Les engagements pris par la DTT sont déclarés également obligatoires pour l'Association „Pro Radio“.

La lutte contre les perturbations radiophoniques se base sur l'art. 3 de la loi fédérale concernant les installations électriques à faible et à fort courant, du 24 juin 1902, et sur les dispositions contenues aux articles respectifs 4 et 5 des ordonnances sur les installations à fort et à faible courant et sur les installations électriques des chemins de fer, du 7 juillet 1933. Sont en outre valables les dispositions de l'ordonnance du Département des Postes et des Chemins de fer sur la protection des installations radioréceptrices contre les perturbations causées par les installations à fort et à faible courant, du 29 janvier 1935, ainsi que le règlement de l'ASE pour l'octroi du signe distinctif antiparasite de l'ASE, du 1^{er} janvier 1935.

Aux termes de l'art. 4 de l'ordonnance sur les installations à faible courant, des mesures ne doivent pas être prises seulement de la part du courant fort, mais les installations radioélectriques doivent être établies de manière que leur exploitation soit troublée le moins possible par les tensions et courants engendrés sous l'influence d'installations à fort courant situées dans le voisinage; la construction des antennes de réception doit donc faire l'objet d'une attention particulière.

Les nouvelles installations à fort courant sont, en principe, *soumises à l'obligation de déparasitage* en tant que celui-ci peut être réalisé sans causer des dépenses extraordinaires. Des dépenses extraordi-

die nach der Verfügung des Eidg. Post- und Eisenbahndepartementes, vom 29. Januar 1935, als genügend anerkannte Störfreiheit fabrikmässiger oder durch nachträglichen Einbau der Störschutzmittel nur mit erheblichen Mehrkosten erreichen lässt. Die Verwaltungskommission des SEV und VSE bezeichnet auf Grund eines Berichtes ihrer Sachverständigenkommission (Radiostörschutzkommission) diejenigen Maschinen, Apparate und Geräte, welche als störschutzpflichtig betrachtet werden. Die „Technischen Prüfanstalten des SEV“ werden beauftragt, mit den Fabrikationsfirmen zu unterhandeln und sie vertraglich zu verpflichten, die von ihnen erzeugten störschutzpflichtigen Maschinen, Apparate und Geräte nur entstört und mit dem SEV-Radiostörschutzzeichen versehen in den Handel zu bringen. Für den Erwerb des Rechtes zur Führung des SEV-Radiostörschutzzeichens ist bei inländischen Produkten der Fabrikant und bei ausländischen Produkten der Importeur oder dessen Schweizervertreter verantwortlich. Handelsfirmen, Installationsunternehmungen und Elektrizitätswerke sollen durch Unterhandlungen verpflichtet werden, allfällig noch im Handel oder am Lager befindliche Maschinen, Apparate und Geräte nur dann zum Kauf anzubieten, wenn sie vorschriftsgemäss entstört sind. Verursacht die Entstörung neuer Starkstrom-Geräte oder -Anlagen technische Schwierigkeiten oder ausserordentliche Aufwendungen, so wird die TTA in erster Linie prüfen, ob störempfindliche Empfangsanlagen im Einflussbereich vorhanden sind, und falls dies zutrifft, technisch und wirtschaftlich zweckmässige Störschutzmassnahmen auf der Störer- und Empfangsseite vorschlagen; sie wird sich sodann über deren Anordnung und die Verteilung der Kosten mit den Beteiligten verständigen.

Für bestehende Starkstromeinrichtungen besteht eine Entstörungspflicht nur dann, wenn benachbarte Radioempfangsanlagen in unzulässiger Weise gestört werden. Erheben Inhaber solcher Anlagen Klage bei der TTA, so ermittelt diese die Störungsursache und verständigt sich mit den Beteiligten. Begegnet eine Entstörung auf der Starkstromseite besonderen technischen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten, so soll vorerst durch Massnahmen auf der Empfangsseite versucht werden, die Beeinflussung abzuschwächen oder zu beseitigen.

In allen Fällen, wo keine Verständigung unter den Beteiligten erreicht werden kann, wird die TTA die Angelegenheit der Sachverständigenkommission des SEV und VSE zum Entscheid unterbreiten. Zur Untersuchung und Begutachtung einzelner Störungsfälle kann der Kommissionspräsident geeignete Kommissionsmitglieder als Experten abordnen, wobei auf eine gerechte Vertretung der Starkstrom- und Radiofachleute Bedacht zu nehmen ist.

Die planmässige Entstörung ganzer Ortschaften oder Bezirke wird im Auftrag der TTA in der Regel durch die „Pro Radio“ (Vereinigung zur Förderung des Schweiz. Rundspruchs) unter Mitwirkung von Gemeindebehörden, Elektrizitätswerken, Radioklubs, Installationsfirmen, Telephonämtern und anderen interessierten Kreisen in der ganzen Schweiz nach einheitlichen Normen durchgeführt. Vor dem Beginn

naires sont provoquées lorsqu'une atténuation suffisante des perturbations telle qu'elle découle de l'ordonnance du Département des Postes et des Chemins de fer ne peut être obtenue au cours de la fabrication du matériel en cause ou de l'installation ultérieure de dispositifs antiparasites qu'en causant des frais supplémentaires considérables. La Commission d'administration de l'ASE/UCS désigne sur la base d'un rapport de leur Commission d'experts (commission des perturbations radiophoniques) les machines, appareils et objets à considérer comme étant soumis à l'obligation de déparasitage. Les Institutions de contrôle de l'ASE sont chargées d'entrer en pourparlers avec les fabricants et de les engager par contrat à ne mettre sur le marché que des machines, appareils et objets déparasités et munis du signe antiparasite de l'ASE. L'obtention du droit d'apposer le signe antiparasite de l'ASE est affaire des fabricants pour les produits indigènes, et de l'importateur ou de son représentant suisse pour les produits de provenance étrangère. Les maisons de commerce, les entreprises d'installations électriques et les usines électriques doivent être engagées à n'offrir en vente les machines, appareils et objets qui seraient éventuellement encore dans le commerce ou en dépôt qu'après les avoir déparasités selon les prescriptions. Si le déparasitage de nouveaux objets ou de nouvelles installations à fort courant se heurte à des difficultés techniques ou cause des dépenses extraordinaires, la DTT examinera avant tout si des installations radioréceptrices sensibles aux perturbations se trouvent dans leur zone d'influence. Le cas échéant, elle proposera de prendre les mesures de déparasitage les mieux appropriées au point de vue technique et économique tant du côté du perturbateur que de celui de l'installation réceptrice, et elle s'entendra avec les intéressés au sujet de leur application et de la répartition des frais.

Pour les installations à fort courant, il n'y a obligation de déparasitage que lorsque des installations radioréceptrices du voisinage sont dérangées de façon inadmissible. Si les possesseurs d'installations de ce genre adressent des plaintes à la DTT, celle-ci déterminera la cause des perturbations et s'entendra avec les intéressés. Lorsque le déparasitage de l'installation à fort courant se heurte à des difficultés techniques ou économiques particulières, le dérangement devra si possible être diminué ou supprimé côté réception par des mesures convenables. Si une entente entre les intéressés ne peut être obtenue, le cas sera soumis par la DTT à la Commission d'experts de l'ASE/UCS pour décision. Pour les recherches et la formulation d'avis concernant des cas isolés de perturbation, le Président de la Commission peut déléguer à titre d'experts des membres compétents de la Commission. En ce faisant, il veillera à ce que les professionnels du courant fort et de la radio soient équitablement représentés.

Le déparasitage méthodique de localités ou de zones entières est effectué dans toute la Suisse au nom de la DTT généralement par la „Pro Radio“, Association pour le développement de la radio en Suisse, selon des normes bien établies et avec le concours des autorités communales, des usines électriques, des clubs de la radio, des entreprises d'ins-

solcher Aktionen wird von Fall zu Fall mit den beteiligten Behörden, Werken und Verbänden eine Vereinbarung abgeschlossen, welche die Pflichten und Rechte der Mitwirkenden regelt und auch die Kostendeckung zum voraus festlegt. Solche Aktionen beschränken sich nur auf Niederspannungsnetze. Klagen über Störungen des Radioempfanges, welche durch Grossanlagen, Hochspannungsleitungen und elektrische Bahnen verursacht wurden, werden durch die TTA besonders untersucht und behandelt.

Die Durchführung der Störungssuche gibt dem damit betrauten Funktionär Anlass zur teilweisen technischen Untersuchung von Hausinstallationen. Diese darf jedoch nicht als Hausinstallationskontrolle im Sinne von Art. 21 des Elektrizitätsgesetzes, vom 24. Juni 1902, betrachtet werden, weil einzig und allein das stromliefernde Werk dem Starkstrominspektorat gegenüber dafür verantwortlich ist. Selbstverständlich kann gleichzeitig mit der Aktion eine solche Kontrolle vom technischen Personal des Werkes durchgeführt werden.

Falls ein Werk, das kein eigenes technisches Personal besitzt, die Entstörungsaktion mit einer offiziellen Installationskontrolle zu verbinden wünscht, so ist zu deren Durchführung ein vom Starkstrominspektorat anerkannter Inspektor oder Fachmann beizuziehen.

Der sicherheitstechnische Zustand der Hausinstallationen und Anlagen darf durch die Entstörung nicht verschlechtert werden. Wenn trotzdem eine Schädigung entsteht, so haftet hiefür der Entstörer.

Die Kosten für die Entstörung störschutzpflichtiger Maschinen, Apparate und Geräte, welche ohne ausserordentliche Aufwendungen *fabrikationsmässig* oder durch *nachträglichen Einbau* der Störschutzmittel durchgeführt werden kann, sind durch den Erzeuger, Importeur oder Verkäufer dieser Objekte zu tragen. Werden für eine fabrikationsmässige Entstörung ausserordentliche Aufwendungen nötig, so leistet die TTA einen Beitrag von einem Drittel der Entstörungskosten. Die Einzelentstörung von *im Betrieb* befindlichen Objekten fällt in der Regel zu Lasten des Inhabers; jedoch übernimmt die TTA die Eingrenzung, Untersuchung und Beratung voll zu ihren Lasten. Im Falle ausserordentlicher Aufwendungen leistet sie ausserdem noch einen Beitrag von einem Drittel der Entstörungskosten, sofern die Entstörung in ihrem Einverständnis durchgeführt worden ist. Bei Störungsfällen von allgemeiner Bedeutung, wo z. B. ganze Ortschaften oder Gruppen von Radiohörern betroffen werden, wird die TTA ausser ihren Leistungen noch die Subventionierung durch Ortsbehörden, Radioverbände und andere Interessenten in die Wege leiten. Bei sogenannten Entstörungs-Aktionen kann die eigentliche Entstörung der Geräte infolge der Zusammenarbeit aller Interessengruppen meist mit ermässigten Kosten durchgeführt werden, wovon in der Regel nur ein kleiner Kostenrest zu Lasten des Gerätebesitzers fällt.

Die Instandstellung fehlerhafter elektrischer Anlagen, welche Radiostörungen verursachen, soll auf alleinige Kosten der Eigentümer erfolgen. Ein fehlerhafter Zustand liegt z. B. auch vor, wenn infolge

tallationen elektrischen, des offices téléphoniques et d'autres milieux intéressés à la radio. Avant que les actions de ce genre soient entreprises, un contrat est conclu dans chaque cas avec les autorités intéressées, les usines et les associations, contrat qui stipule les droits et les devoirs des coopérateurs et fixe d'avance la participation aux frais. Ces actions de déparasitage sont limitées aux réseaux à basse tension. Les plaintes au sujet de perturbations des réceptions radiophoniques causées par des installations de grande envergure, des lignes à haute tension et des chemins de fer électriques sont spécialement examinées et traitées par la DTT.

La recherche des sources de perturbations donne aux agents qui en sont chargés l'occasion de contrôler partiellement les installations intérieures. Ces contrôles ne doivent pas être considérés comme contrôles des installations intérieures au sens de l'art. 21 de la loi sur les installations électriques, du 24 juin 1902, parce que l'usine fournissant le courant est à ce sujet seule responsable vis-à-vis de l'Inspectorat des courants forts. Il va sans dire que l'action de déparasitage peut être coordonnée avec le contrôle des installations intérieures par le personnel de l'usine. Lorsqu'une usine électrique qui ne dispose pas de personnel technique désire coordonner l'action de déparasitage avec un contrôle officiel de ses installations, on délèguera pour ce contrôle un inspecteur ou un professionnel reconnu par l'Inspectorat des courants forts.

L'état de sécurité des installations intérieures ne doit pas être diminué par le déparasitage. L'agent chargé du déparasitage répond des dommages qui pourraient être causés.

Les frais résultant du déparasitage de machines, d'appareils ou d'objets soumis à l'obligation de déparasitage sont à la charge du fabricant, de l'importateur ou du vendeur, si le déparasitage peut avoir lieu *en fabrique* ou par *l'adjonction ultérieure* des dispositifs antiparasites sans occasionner des dépenses extraordinaires. La DTT fournit une contribution d'un tiers aux frais de déparasitage en fabrique si le déparasitage occasionne des dépenses extraordinaires. Les frais de déparasitage d'objets isolés qui se trouvent *en exploitation* tombent, en règle générale, à la charge du propriétaire; la DTT prend toutefois à sa charge ses propres frais résultant de la localisation des perturbations, des recherches et de la formulation d'avis. S'il s'agit de dépenses extraordinaires, la DTT contribue en outre par un tiers aux frais de déparasitage, à la condition que le déparasitage ait été effectué avec son consentement. Dans le cas de déparasitages d'une importance générale, auxquels des localités entières ou des groupes d'auditeurs de la radio sont intéressés, la DTT fournira non seulement ses propres prestations, mais elle cherchera à obtenir des subventions de la part des autorités de la région, des associations de la radio et d'autres intéressés. En cas d'*actions de déparasitage*, le déparasitage proprement dit des objets peut, le plus souvent, être exécuté sans grandes dépenses, ceci du fait de la coordination du travail entre tous les groupes d'intéressés; de ces frais, une petite partie seulement doit généralement être supportée par le propriétaire de l'objet.

vernachlässigten Unterhalts eine übermässige Abnutzung von Anlageteilen entstanden ist.

In Zukunft sollen also keine unentstörten Maschinen, Apparate und Geräte mehr in den Handel kommen. Dies gibt Gewähr dafür, dass in Ortschaften, wo bereits Entstörungsaktionen durchgeführt wurden, der Erfolg nicht durch neu angeschaffte, störende Apparate wieder illusorisch wird.

Diese Uebereinkunft, welche die Radioentstörung in sehr weitgehendem Masse fördern hilft, ist mit deren Unterzeichnung durch die Kontrahenten am 27. August 1942 in Kraft getreten.

La mise en état d'installations électriques défectueuses qui provoquent des perturbations radioélectriques doit avoir lieu aux seuls frais des propriétaires. Un état défectueux existe, par exemple, lorsqu'une usure excessive de parties de l'installation est due à un entretien insuffisant.

Dorénavant, on ne doit donc plus mettre sur le marché des machines, appareils ou objets non déparasités. On aura ainsi la garantie que le succès d'une action de déparasitage effectuée dans une localité ne sera pas rendu illusoire par l'achat de nouveaux appareils perturbateurs.

Cette convention, qui est appelée à activer considérablement le déparasitage des réceptions radio-phoniques, est entrée en vigueur le 27 août 1942, date de la signature par les contractants.

Die Telegraphen- und Telephonlinien im Recht.

Von Dr. *Tuason*,

Chef des Rechtsdienstes der Generaldirektion PTT

351.817/8

Die Mannigfaltigkeit des täglichen Lebens bringt es mit sich, dass man jedes Ding von verschiedenen Seiten betrachten kann. Das gilt auch für die Telegraphen- und Telephonanlagen, die sowohl vom Standpunkt des Verkehrs als dem der Technik Gegenstand interessanter Erörterungen sein können, wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung aber auch vom Recht in besonderer Weise erfasst werden.

1. Die TT-Anlagen gelten im rechtlichen Sinn als öffentliche Sachen im Eigentum des Staates. Sie sind die sachlichen Mittel, deren sich die Verwaltung bedient, um den Telegraphen- und Telephonverkehr durchzuführen. Sie gehören zum sogenannten Verwaltungsvermögen des Bundes; ihr Wert und ihre Bedeutung liegen in erster Linie in ihrem täglichen Gebrauch für den öffentlichen Verkehr. Dieser Zweck der TT-Anlagen bestimmt auch ihr rechtliches Schicksal. Als Teile der staatlichen Mittel zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben müssen sie jederzeit ihrem Zweck erhalten bleiben. Sie sind, soweit sie im öffentlichen Betrieb stehen, unveräusserlich und könnten auch von einem Gläubiger des Bundes ebensowenig gepfändet werden wie das übrige für den TT-Betrieb notwendige Betriebsmaterial.*) Sie geniessen als öffentliche Sachen, die unmittelbar für Bundeszwecke bestimmt sind, das Steuerprivileg des Bundesgesetzes über die politischen und polizeilichen Garantien zugunsten der Eidgenossenschaft von 1934, Art. 10, und dürfen demzufolge von den Kantonen nicht mit einer direkten Steuer belegt werden. Darunter versteht man die Steuern, welche vom Pflichtigen einzig nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erhoben werden, ohne dass er dafür vom Staat eine bestimmte konkrete Gegenleistung erhält (insbesondere Vermögens- und allgemeine Ein-

*) Im Kanton Tessin war im Jahre 1930 für eine bestrittene Perimeterforderung ein Dienstaufwagen der TT-Verwaltung gepfändet worden, wogegen sich die Verwaltung unter Berufung auf die Unpfändbarkeit ihrer Betriebsmittel mit Erfolg wehren konnte.

Les lignes télégraphiques et téléphoniques sous le régime du droit.

Par *V. Tuason*, Dr en droit,

chef du service du contentieux de la Direction générale des PTT.

351.817/8

La diversité de la vie de tous les jours permet de considérer chaque chose sous ses différents aspects. C'est aussi le cas pour les installations télégraphiques et téléphoniques qui, aux points de vue du trafic et de la technique, peuvent devenir l'objet d'intéressantes discussions, et qui à cause de leur importance économique sont régies par des dispositions spéciales du droit.

1^o Juridiquement, les installations TT sont considérées comme choses publiques appartenant à l'Etat. Elles sont les moyens matériels dont l'Administration a besoin pour exécuter le service télégraphique et téléphonique. Elles font donc partie des biens administrés par la Confédération; leur valeur et leur importance résident avant tout dans leur emploi journalier pour le trafic public. Ce but à remplir par les installations TT est également déterminant au point de vue de leur sort juridique. Comme elles font partie des moyens dont l'Etat dispose pour accomplir les charges publiques, elles doivent être conservées en tout temps aux fins auxquelles elles sont destinées. En tant qu'elles sont exploitées dans le service public, elles sont inaliénables, et elles ne pourraient pas être saisies par un créancier, pas plus que l'autre matériel nécessaire à l'exploitation des TT.*) A titre de choses publiques affectées directement à des buts poursuivis par l'Etat, elles jouissent de la franchise d'impôt, telle qu'elle est fixée à l'article 10 de la loi fédérale de 1934 sur les garanties politiques et de police en faveur de la Confédération, et elles ne peuvent de ce fait être frappées d'un impôt direct par les cantons. Par impôts directs, on entend les impôts perçus sur le contribuable uniquement sur la base de ses capacités économiques et sans qu'il soit mis au bénéfice d'une contre-prestation

*) En 1930, une automobile de service de l'Administration des TT fut saisie au Tessin lors d'un litige sur une question de périmètre. En invoquant l'inaliénabilité de son matériel d'exploitation, l'Administration put se défendre avec succès contre cette saisie.